

Anlage 4

Datum: 31.08.16

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]

Personal- und
Organisationsreferat
Organisation
POR-P 3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Kommunale Gesundheitsvorsorge in der Messestadt Riem – Fachkonzept für einen Außenstandort RGU“
(Sitzungsvorlage Nr. noch nicht bekannt)

Gesundheitsausschuss am 13.10.2016

Vollversammlung am 19.10.2016

An das Referat für Gesundheit und Umwelt

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 17.08.2016 zur Stellungnahme bis 31.08.2016 zugeleitet.

In der Vorlage werden vom Referat für Gesundheit und Umwelt folgende Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht:

Stellenschaffungen

0,5 VZÄ für eine/n Facharzt/-ärztin für Kinder- und Jugendmedizin oder Kinder- und Jugendpsychiatrie der Fachrichtung Gesundheitsdienst (4. QE).

1,0 VZÄ für eine/n Sozialpädagogin/Sozialpädagoge der Fachrichtung Sozialdienst (3. QE).

1,0 VZÄ für eine/n Arzthelferin/Arzthelfer der Fachrichtung Gesundheitsdienst (2. QE).

Es handelt sich um einen Finanzierungsbeschluss, der Ausführungen zur Unabweisbarkeit der Stellenbedarfe enthält.

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage dem **Grunde nach zu.**

Das Personal- und Organisationsreferat empfiehlt den Beschluss einer Beschlussvollzugskontrolle zu unterziehen, um darzustellen, ob und wie die verfolgten Ziele erreicht werden konnten.

Begründung

Mit Beschluss des Gesundheitsausschusses am 16.10.2014 (Vorlage Nr. 14-20/V 01263) „Kommunale Gesundheitsvorsorge in der Messestadt Riem“ wurde das Referat für Gesundheit und Umwelt mit der Erstellung und Entwicklung eines bedarfsgerechten und lokal angepassten Konzeptes zur Optimierung der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung von Kindern, Jugendlichen und Familien in der Messestadt Riem beauftragt. Bedingt durch die Bevölkerungsdichte (ca. 13.450 Bürgerinnen und Bürger) und die soziodemografische Struktur des

Stadtteils, ist in diesem Stadtteil von einem hohen Bedarf an Prävention und Gesundheitsförderung auszugehen.

Stadtweit wurde der Bedarf an wohnortnaher Gesundheitsförderung und Prävention aufgrund der soziodemografischen Struktur seitens des Referates für Gesundheit und Umwelt bisher erst in einem Stadtteil (Hasenberg) realisiert. Ein gesamtstädtisches Konzept ist der Vorlage nicht zu entnehmen.

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt den geplanten Stellenausweitungen dem Grunde nach zu. Der konkrete Umfang der Aufgaben kann aus Sicht des Personal- und Organisationsreferates nicht verifiziert werden.

Eine Stellenbemessung für den Themenkomplex allgemeine Gesundheitsförderung und Prävention ist nur sehr schwer bzw. nur bedingt möglich. Es handelt sich hier nicht um Bereiche bzw. Sachverhalte, bei denen anhand von Fallzahlen oder Mengengerüsten die Kapazitätsausweitung klar definiert und begründet werden können. Vielmehr sind hier komplexe und konzeptionelle bzw. betreuungsintensive Aufgaben mit zahlreichen Schnittstellenproblematiken und hohem Koordinations- und Abstimmungsaufwand zu leisten. Die Aufgabenerbringung erfolgt hier deshalb im Sinne des Maximalprinzips.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass derzeit keine abschließenden Aussagen zur Bewertung der o. g. Positionen getroffen werden kann und deshalb die Angaben zum Stellenwert im Beschluss unter Vorbehalt zu betrachten sind.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Dr. Dietrich